

Niederschrift

über die 2. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 12.11.2014
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
1 Bürgerantrag nach § 24 GO NRW vom 16.08.2014 zur ÖPNV-Haltestelle Deichweg Vorlage: FB5/0089/2014	5
2 Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Meerbusch-Nierst Vorlage: SIM/0068/2014	7
2.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 10.11.2014 zur Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Meerbusch-Nierst Vorlage: SIM/0016/2014	8
3 Bau eines Kunstrasenplatzes auf der Theodor-Mostertz-Sportanlage in Meerbusch- Lank Vorlage: DezIII/0003/2014	9
4 Antrag auf Einrichtung eines Hundefreilaufplatzes Vorlage: SB11/0099/2014	9
5 Anträge	10
5.1 Antrag der UWG-Fraktion vom 17.08.2014 zur Einrichtung Einbahnstraßenregelung Josef-Kohtes-Straße Vorlage: FB5/0006/2014	10
5.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 21.08.2014 zur Parkraumbewirtschaftung Vorlage: FB5/0007/2014	11
5.3 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.10.2014 zum Parkraumbewirtschaftungskonzept für Meerbusch Vorlage: FB5/0008/2014	12
5.4 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.10.2014 bez. Belastungen durch auswärtigen LKW-Verkehr in der Ortsdurchfahrt Meerbusch- Lank-Latum - Uerdinger Straße Vorlage: FB5/0009/2014	13
6 Anfragen	16
7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	16
7.1 Südliche Holzbrücke am Latumer See	16
7.2 Lichtsignalanlage Bergfeld, Umsetzung der 4. Fußgängerfurt	16

7.3	Lichtsignalanlage Krefelder Straße / Westring	16
7.4	Taktverdichtung auf der U 76 im Rahmen des ÖPNV.....	16
8	Termin der nächsten Sitzung: 19. November 2014.....	17
9	Verschiedenes	17
9.1	Entsorgung von Unterlagen mit nicht öffentlichem Inhalt.....	17
9.2	Trinkwasserbelastung des Brunnens Fellerhöfe.....	17
9.3	Gesamtlärmkonzept.....	17
9.4	Sanierung der Willicher Straße und der Hochstraße.....	18
9.5	Abfallbeseitigung am Rhein.....	18
9.6	Geschwindigkeitsreduzierung am Ortseingang Strümp u. a.....	18
9.7	Chloriertes Trinkwasser in Lank-Latum	18
9.8	Grünphase der Lichtsignalanlage beim Teehäuschen in Meerbusch-Büderich	18
9.9	Maßnahme zur Geschwindigkeitsreduzierung auf der Dorfstraße in Meerbusch-Büderich.....	19
9.10	Belastung durch Gülle aus Holland.....	19

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum 103 im 1. OG

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Claus Fischer Ratsmitglied

Herr Andreas Hoppe Ratsmitglied

Herr Heinz Berend Jansen Sachkundiger Bürger

Frau Norma Köser-Voitz Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Daniel Meffert

Herr Dr. Felix Nieberding Sachkundiger Bürger

Vertretung für Herrn Hans Jürgen Denecke

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Franz-Josef Radmacher Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse Ratsmitglied

Herr Heinz Jürgen Kaden Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Herr Christian Welsch Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Barbara Neukirchen Ratsmitglied

Herr Joachim Quaß Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Christof Behlen

von der UWG-Fraktion

Herr Dieter Schmoll Sachkundiger Bürger

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marcel Müller Sachkundiger Bürger

von der Verwaltung

Herr Dr. Just Gérard Technischer Beigeordneter

Herr Heiko Bechert Bereichsleiter Fachbereich 1

Herr Michael Betsch Bereichsleiter Servicebereich 11

Herr Ralf Bolten Fachbereich 1 / Feuerwehr

Herr Ekkehard Deußen Fachbereich 5

Herr Michael Gorgs Pressereferat

Herr Claus Klein Bereichsleiter Service Immobilien

Herr Wolfgang Trapp Bereichsleiter Fachbereich 5

Herr Matthias Unzeitig Fachbereich 5

Schriftführerin

Frau Gabriele Parschau

Fachbereich 5

Gäste

Herr Herbert Derks
Petentin

Leiter der Feuerwehr Meerbusch
Petentin zu TOP 1

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Hans Jürgen Denecke
Herr Daniel Meffert

Ratsmitglied
Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Christof Behlen

Sachkundiger Bürger

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Jürgens, fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde.

Da er bei der letzten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses verhindert war, wünscht er als neuer Vorsitzender allen eine gute Zusammenarbeit.

Auf die Tischvorlage – Antrag der FDP-Fraktion vom 10.11.2014 zur Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Meerbusch-Lank – wird verwiesen. Dieser Antrag ist unter dem neuen TOP 2.1 zu behandeln.

Öffentliche Sitzung

1 Bürgerantrag nach § 24 GO NRW vom 16.08.2014 zur ÖPNV-Haltestelle Deichweg Vorlage: FB5/0089/2014

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, die Verwaltung in Abstimmung mit dem Rhein-Kreis Neuss als Straßenbaulastträger der K9 mit einer Prüfung möglicher Maßnahmen zur Entschleunigung des Verkehrs vor der Bushaltestelle Deichweg zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Antrag der CDU-Fraktion

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, die Verwaltung mit der Prüfung zu beauftragen, ob und wie die Bushaltestelle Deichweg an die frühere Stelle vor dem heutigen Feuerwehrgerätehaus oder an eine andere geeignete Stelle verlegt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD		2	1
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG			1
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	11	4	2

Der Vorsitzende erteilt der anwesenden Petentin das Wort, die ihren Bürgerantrag erläutert.

Diese äußert ihr Unverständnis über die in der Beschlussvorlage dargestellte Verwaltungsmeinung. Für die Sicherheit der Kinder müssten Fahrbahnerhöhungen, mindestens jedoch zusätzliche Hinweisschilder für die Kraftfahrzeugfahrer, aufgestellt werden.

Ratsherr Radmacher hat Verständnis für den Antrag; die Verwaltung solle prüfen, ob die Haltestelle Deichweg wieder vor das Gebäude des Feuerwehrgerätehauses zurück verlegt werden kann.

Ratsfrau Niegeloh trägt vor, dass bei allem Verständnis für das Anliegen der Petentin eine Verlegung keinen Sinn mache. Aufklärungsarbeit über die Gefahren und Verkehrserziehung der Polizei für die Schulkinder hält sie für zielführender.

Für Ratsfrau Neukirchen sieht das Tempo der Fahrzeugführer als das Problem an. Die Verwaltung solle Entschleunigungsmaßnahmen vorstellen.

Ratsherr Gabernig fragt nach Erfahrungen mit sogenannten Drängelgittern, welche die mit einem eventuellen Schubsen der Kinder verbundenen Gefahren vermindern könnten.

Herr Deußen äußert, dass bislang kein Unfall nach dem barrierefreien Umbau der Haltestellen und bei der Haltestelle Deichweg auch keine Beschwerde anderer Eltern oder Nutzer bekannt wurde. Allgemeine Gefahren des Straßenverkehrs ließen sich leider nur auf das im Straßenverkehr übliche Mindestmaß reduzieren. An der Haltestelle Deichweg war kein weiterer Grunderwerb möglich, um eine Haltebucht berücksichtigen zu können. Ein Drängelgitter wäre am Deichweg mit nur wenigen ein- und aussteigenden Kindern anders als in Bösinghoven an der Schuleinstiegshaltestelle kontraproduktiv. Auch bestehe an der Haltestelle Deichweg kein nach der Verwaltungsvorschrift zur StVO zwingender Grund für das zusätzliche Aufstellen von Verkehrs- und Hinweisschildern. Für ein regelgerechtes Verhalten der Kinder im Straßenverkehr und im besonderen an der Haltestelle sind die Eltern gehalten, auf ihre Kinder entsprechend positiv für eine verantwortungsvolle Teilhabe am Straßenverkehr einzuwirken.

Laut Ratsherrn Quaß sei es unbefriedigend, dass wenn die Stadt nicht selber Straßenbaulastträger ist, keine weiteren Maßnahmen erfolgen könnten. Er äußert die Frage, weshalb nicht Bodenschwellen wie in Ilverich an der alten Schule zur Entschleunigung eingebaut werden könnten.

Ratsherr Fischer stuft Bushaltestellen ohne Bucht grundsätzlich und besonders für Kinder als gefährlich ein.

Für sachkundigen Bürger Schmoll hat dies jedoch den Vorteil, dass die anderen Verkehrsteilnehmer bei einem auf der Fahrbahn haltenden Bus langsamer fahren bzw. zum Anhalten gezwungen werden.

Ratsherr Welsch schlägt vor, dass die Mitglieder des Ausschusses ihre Parteikollegen/innen im Kreistag bitten, dort Einfluss für Maßnahmen an der K9, Haltestelle Deichweg, zu nehmen.

Ratsherr Banse weist auf die Verantwortung aller Verkehrsteilnehmer und so auch der Eltern für ihre Kinder sowie auf die Präzedenzwirkung für die dann gleichsam erforderlich werdende Überprüfung aller gleichartigen Bushaltestellen hin.

Sachkundiger Bürger Dr. Nieberding hält fest, dass die Möglichkeit der Verlegung der Haltestelle an die frühere Position von der Verwaltung geprüft werden müsste.

Herr Deußen weist auf die fehlende Wendemöglichkeit der Schulbusse an der früheren Stelle vor dem neuen Feuerwehrgerätehaus und die entsprechenden Ausführungen hierzu in der Beratungsvorlage hin. An einer Vielzahl der anderen Bushaltestellen in Meerbusch sei eine ähnliche Situation gegeben wie an der Haltestelle Deichweg. Er warnt davor, dass bei Änderungen auch die anderen Stellen entsprechend zu überdenken seien. Der Einbau von Schwellen würde z. B. mehrere Tausend Euro Kosten bedeuten. Auch der Kreis verfüge nur über begrenzte Mittel. Wichtig sei es, das Erfordernis, den Sinn und die Wirkung evtl. Maßnahmen zu hinterfragen. Für die Haltestellen, an denen sich die Fahrbahn in städtischer Baulast befinden, verweist Herr Deußen auf die geringen zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel für das Produkt „Straßenunterhaltung“. Es gilt, diese prioritär für die Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit und die Beseitigung von Straßenschäden einzusetzen,

so dass auch im städtischen Bereich solche wünschenswerten Maßnahmen mit der derzeitigen Finanzausstattung nicht umgesetzt werden können.

Ratsherr Quaß sieht auf der K9, somit an der Haltestelle Deichweg, eine durchgängige Tendenz zu von Geschwindigkeitsübertretungen und stellt den Antrag im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Verwaltung in Abstimmung mit dem Rhein-Kreis Neuss als Straßenbaulastträger mit einer Prüfung möglicher Maßnahmen zur Entschleunigung zu beauftragen.

Inhaltlich schließt sich sachkundiger Bürger Müller den Ausführungen von Rats Herrn Quaß an.

Von der CDU-Fraktion wird ein Antrag dahingehend formuliert, die Verwaltung mit der Prüfung zu beauftragen, ob und wie die Bushaltestelle Deichweg an die frühere Stelle vor dem heutigen Feuerwehrgerätehaus oder an eine andere geeignete Stelle verlegt werden kann.

Die Petentin bekräftigt, dass es sich bei der Haltestelle Deichweg um eine besondere Gefahrensituation handele, da hier die Grundschüler der Rheingemeinden ein- und aussteigen.

Anschließend wird zunächst über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen entschieden, der einstimmig angenommen wird.

Der Antrag der CDU-Fraktion wird mehrheitlich beschlossen.

2 Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Meerbusch-Nierst Vorlage: SIM/0068/2014

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss stimmt der vorgelegten Entwurfsplanung zur Erweiterung der Fahrzeughalle in Meerbusch – Nierst, Stratumer Str. 54 zu. Die Verwaltung wird beauftragt, die Baugenehmigung einzuholen und die Baumaßnahme durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP			2
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	15	0	2

Auf die Frage von Ratsfrau Niegeloh erläutert Herr Bechert die Historie des Feuerwehrgerätehauses. Bereits vor der Errichtung im Jahre 2005 wurde über den Bau der zweiten Fahrzeughalle nachgedacht; die Ausführung aus Kostengründen aber zurückgestellt. Im Zuge des Brandschutzbedarfsplanes sei der Bau der zweiten Halle eine Investition in die Zukunft, da auch die Fahrzeuge größer geworden sind.

Sachkundiger Bürger Schmoll gibt zu bedenken, dass das vorhandene Feuerwehrfahrzeug noch immer ausreichend Platz habe und der Sinn des Neubaus überdacht werden solle.

Laut Ratsfrau Köser-Voitz sollte jetzt nicht weiter gespart werden, da die Kosten in Zukunft noch höher wären.

Ratsherr Gabernig hält es für besser, finanzielle Aspekte nicht außer Acht zu lassen. Es gebe kein Muss für den Bau der zweiten Halle. Deshalb sei von der FDP-Fraktion der Antrag gestellt worden, zunächst nur eine Fertiggarage zu errichten und auf den Bau der zweiten Halle zu verzichten.

Anmerkung der Schriftführerin: Es wird auf TOP 2.1 verwiesen; Antrag der FDP-Fraktion vom 10.11.2014 zur Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Meerbusch-Nierst, der zeitlich vor TOP 2 behandelt wurde.

2.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 10.11.2014 zur Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Meerbusch-Nierst **Vorlage: SIM/0016/2014**

Beschlussantrag:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, auf den Anbau einer zweiten Fahrzeughalle – wie in der Beschlussvorlage der Verwaltung beschrieben – zunächst zu verzichten. Stattdessen wird neben dem bestehenden Gerätehaus eine Fertiggarage zur Unterbringung des Mannschaftstransportfahrzeuges (MTF) Renault Trafic errichtet

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	2	15	0

Der Beschlussantrag ist damit abgelehnt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss bereits über die Erweiterung der Fahrzeughalle entschieden habe und hier im Bau- und Umweltausschuss nur noch über die technische Ausführung beraten werden kann. Der Bau- und Umweltausschuss könne nicht den bereits gefassten Beschluss des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses aufheben.

Ratsherr Gabernig erläutert den Antrag, nachdem sich die von der Verwaltung vorgestellte Planung auf ein ausreichendes Maß verkleinern soll.

Anmerkung der Schriftführerin: Der Antrag der FDP-Fraktion vom 10.11.2014 ist als Anlage beige-fügt. Dieser TOP 2.1 wurde in der Sitzung zeitlich vor TOP 2 behandelt.

3 Bau eines Kunstrasenplatzes auf der Theodor-Mostertz-Sportanlage in Meerbusch-Lank Vorlage: DezIII/0003/2014

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss stimmt dem in der Sitzung vorgestellten Entwurf der Verwaltung zum Bau eines Kunstrasenplatzes auf der Theodor-Mostertz-Sportanlage zu. Die zur Realisierung dieser Planung erforderlichen Haushaltsmittel sind im Zuge der Haushaltsplanberatungen für das Haushaltsjahr 2015 bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	15	2	0

Auf Fragen aus dem Ausschuss teilt Herr Betsch mit, dass in der Beschlussvorlage unter dem Sachverhalt nur nachrichtlich über das Anschreiben des ASV über die Trainingsmöglichkeiten informiert wird. Ein Kunstrasen sei im Vergleich zu einem Tennenplatz fast das ganze Jahr bespielbar. Er erläutert die Planung im Detail.

Ratsherr Gabernig verweist auf die bevorstehende Vereinigung der beiden Vereine ASV Lank und TuS Bösinghoven und befürchtet eine weitere Zerstreuung der Kunstrasenplätze, falls dem hier in Rede stehenden Bau zugestimmt werde.

Der Vorsitzende erinnert daran, dass es hier um die technische Planung geht und bei den Haushaltsberatungen Gelegenheit für Einwendungen bestehe.

4 Antrag auf Einrichtung eines Hundefreilaufplatzes Vorlage: SB11/0099/2014

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, dem Antrag zur Einrichtung eines Hundefreilaufplatzes auf der Grünfläche zwischen dem Hallenbad und der Budericher Allee nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Der Antrag auf Einrichtung eines Hundefreilaufplatzes ist damit abgelehnt.

Ratsfrau Niegeloh spricht sich im Namen der SPD-Fraktion gegen die Einrichtung eines Hundefreilaufplatzes aus. Vorteile hätten nur Anwohner in der Nähe der Grünfläche. Es gebe ausreichend andere Flächen für den Hundefreilauf.

Die anderen Fraktionen schließen sich dieser Meinung an, da u. a. die Parkanlage in Nähe der Schule und des Hallenbades für die Öffentlichkeit erhalten werden soll. Der Antragstellerin sei zu empfehlen, eine private Fläche für den Hundefreilauf zu suchen und ihr mitzuteilen, wo sich bereits jetzt andere Flächen befinden.

5 Anträge

5.1 Antrag der UWG-Fraktion vom 17.08.2014 zur Einrichtung Einbahnstraßenregelung Josef-Kohtes-Straße **Vorlage: FB5/0006/2014**

Sachkundiger Bürger Schmoll erläutert den Antrag dahingehend, dass er zu ändern sei. Eine Einbahnstraßenregelung werde von Seiten der UWG-Fraktion nach eingehender Beratung nun als kontraproduktiv angesehen, da Unzulänglichkeiten beim ruhenden Verkehr im Vordergrund stehen. Die Verwaltung solle prüfen, ob und wie mehr Parkraum geschaffen werden kann.

Der Vorsitzende stellt fest, dass sich der vorliegende Antrag damit erledigt habe und ein neuer Antrag mit anderem Inhalt zu stellen sei.

Auf Vorschlag von Ratsherrn Quaß wird das Thema jedoch kurz inhaltlich diskutiert. Er bringt zum Ausdruck, dass die Einrichtung einer Einbahnstraße auf der Josef-Kohtes-Straße nicht sinnvoll sei. Mehr Parkplätze seien nicht erforderlich, da in den Abendstunden auch der Edeka-Parkplatz mitgenutzt werden könne.

Ratsherr Fischer weist auf den Problembereich bei der Ein- und Ausfahrt der Josef-Kohtes-Straße als Ringstraße in die Forststraße hin. Dieser Bereich sei oft zugeparkt, sodass sich schwierige Situationen ergäben.

Hierzu fragt Ratsfrau Pricken nach Problemen mit der Feuerwehr.

Herrn Bechert sind Probleme für Feuerwehrfahrzeuge bisher nicht bekannt. Zudem dürfe niemand verkehrsbehindernd parken. Leider sei die Parkmoral eher schlecht. Nach seiner Kenntnis werden die vorhandenen Tiefgaragenplätze an der Josef-Kohtes-Straße vor allem tagsüber aus Bequemlichkeit teilweise nicht genutzt. Der Parkdruck auf der Straße vergrößere sich dadurch.

Ratsherr Gabernig appelliert an die Anwohner, auch andere Parkmöglichkeiten zu nutzen, u. a. einen kleinen Fußweg in Kauf zu nehmen und nicht nur vor der Haustüre zu parken.

Ergänzend sieht Herr Trapp zudem aus planerischer Sicht wegen der engen Bebauung und dem Umfeld mit Landschaftsschutzgebiet keine Möglichkeit, zeitlich absehbar mehr Parkflächen schaffen zu können.

5.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 21.08.2014 zur Parkraumbewirtschaftung Vorlage: FB5/0007/2014

Beschlussantrag:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung mit Gebühr auf Parkplätzen mit mehr als 50 Stellplätzen. Die Stellflächen sind für PKW und LKW schnellstmöglich gebührenpflichtig auszuweisen. Für die Zu- und Abfahrt sowie die Zahlweise sind kostengünstige Systeme einzurichten. Moderne Zahlweisen, z. B. mit Handy, sind zu berücksichtigen. Die erste halbe Stunde soll kostenfrei sein.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	3	14	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ratsfrau Niegeloh erläutert den Antrag der SPD-Fraktion, der im Sinne der Haushaltskonsolidierung gestellt wird. Im Übrigen wurde einem gleichlautenden Antrag der SPD-Fraktion bereits im letzten Jahr leider nicht gefolgt.

Anmerkung der Schriftführerin: In der nachfolgenden Diskussion wird ebenfalls der Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.10.2014 zum Parkraumbewirtschaftungskonzept für Meerbusch, siehe TOP 5.3, beraten.

Zu dem Antrag der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, TOP 5.3, hat Herr Trapp aus Sicht der Verwaltung bei den sogenannten weichen Faktoren z. B. wie Auswirkungen auf das Umfeld und Verdrängungsverkehre Probleme, diese in der Intention des Antrages bearbeiten zu können. Eine begründete Prognose der Auswirkungen einer Einführung von Parkgebühren auf das Umfeld ist, da kein Kerngeschäft der Verwaltung, kaum zu leisten. Bei subjektiver Betrachtung können bei einer Einführung von Parkgebühren negative Auswirkungen auf das Umfeld in Form verdrängter Parker nicht ausgeschlossen werden.

Laut Ratsherrn Quaß steht einer Prüfung nichts im Wege, weil andere Kommunen bereits Erfahrungen hätten. Ein Parkraumbewirtschaftungskonzept hätte zudem eine gewisse Steuerungsfunktion auch für mehr Radverkehr bei kurzen Wegen.

In der weiteren Diskussion erläutern Vertreter der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den gemeinsamen Antrag, dem sich auch sachkundiger Bürger Müller anschließt. Die Meerbuscher Ortsteile seien sehr unterschiedlich in ihrer Struktur, sodass ein durchdachtes Konzept erfolgreicher sein werde.

Ratsherr Welsch spricht sich im Namen der FDP-Fraktion nur für den folgenden Antrag von CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, TOP 5.3, aus. Im Haushalt gebe es eher ein Ausgabe- als Einnahmeprobleme.

Ratsfrau Niegeloh hält den Antrag der SPD-Fraktion aufrecht. Sie sieht diesen Antrag als weitergehender an, da er auch eine Realisierung bei der Parkraumbewirtschaftung vorschlägt.

Abschließend erfolgt die Abstimmung im Bau- und Umweltausschuss, die den Antrag der SPD-Fraktion mehrheitlich ablehnt.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, TOP 5.3. Diesem wird mehrheitlich zugestimmt.

5.3 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.10.2014 zum Parkraumbewirtschaftungskonzept für Meerbusch **Vorlage: FB5/0008/2014**

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, die Verwaltung mit der Prüfung zu beauftragen, welche Einnahmen durch ein gesamtstädtisches Parkraumbewirtschaftungskonzept zu erzielen wären. Dem sind die Aufwendungen entgegen zu stellen. In dieser Prüfung sollen unterschiedliche Varianten ermittelt und berechnet werden. Folgende Eckpunkte sind u. a. zu berücksichtigen:

Es sind alle größeren Stadtteile (Büderich, Osterath, Lank, Strümp) einzubeziehen.

Es ist zu ermitteln, ab welcher Größenordnung eine Parkraumbewirtschaftung die Kosten für den Unterhalt der Plätze deckt.

Es sind die im Umland üblichen Beträge für vergleichbare Städte (also nicht Düsseldorf) zugrunde zu legen.

Es sollen verschiedene Zahlssysteme geprüft werden, Schranken, Automaten, Handys, evtl. Dauertickets (z. B. für Firmenparkplätze).

Die Möglichkeit einer Fremdbewirtschaftung soll als Alternative ermittelt werden.

Es sollen die Vor- und Nachteile einer gestaffelten Gebühr dargestellt werden.

Es sind die Auswirkungen auf das Umfeld eines bewirtschafteten Parkraums zu berücksichtigen und Maßnahmen vorzustellen, wie eine Belastung durch Verdrängungsverkehre weitestgehend auszuschließen ist.

Es sollen die aktuellen finanziellen Belastungen durch die Meerbuscher Parkplätze für den städtischen Haushalt dargestellt werden, wie Reinigung, Beleuchtung, Schmutzwasserkosten, Reparaturen, Personal des Ordnungsamtes u. a.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	14	3	0

Anmerkung der Schriftführerin: Auf die Beratung unter TOP 5.2, Antrag der SPD-Fraktion vom 21.08.2014 zur Parkraumbewirtschaftung wird verwiesen.

5.4 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.10.2014 bez. Belastungen durch auswärtigen LKW-Verkehr in der Ortsdurchfahrt Meerbusch-Lank-Latum - Uerdinger Straße

Vorlage: FB5/0009/2014

I. Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt als sofortige Maßnahme zur Begrenzung der LKW-Durchfahrtsverkehre und der damit verbundenen Belastungen,

das Verkehrszeichen 253 StVO: LKW-Durchfahrtsverbot mit dem Zusatzzeichen „Lieferverkehr frei“ vor den Einfahrten in Lank-Latum in den Bereichen

- a. Schillerstraße – Kreisverkehr
- b. Uerdinger Straße – Einfahrt aus Richtung Krefeld
- c. Ossum – K1
- d. und falls erforderlich, in weiteren Zufahrtsstraßen

aufzustellen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD		3	
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten			1
Gesamt:	10	6	1

II. Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt als sofortige Maßnahme zur Begrenzung der LKW-Durchfahrtsverkehre und der damit verbundenen Belastungen,

dass bereits in den Bereichen

- a. Abfahrt A 44 – Meerbusch Lank / Strümp und
- b. dem Kreisverkehr in Krefeld Gellep-Stratum (in Abstimmung mit der Stadt Krefeld)

auf die Durchfahrtsverbote hingewiesen werden soll.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD		3	
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten			1
Gesamt:	11	5	1

III. Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt als sofortige Maßnahme zur Begrenzung der LKW-Durchfahrtsverkehre und der damit verbundenen Belastungen

die Kreispolizeibehörde aufzufordern, die Beachtung des Durchfahrtsverbotes regelmäßig zu überprüfen und Missachtungen zu ahnden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

IV. Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt als sofortige Maßnahme zur Begrenzung der LKW-Durchfahrtsverkehre und der damit verbundenen Belastungen,

dass im Austausch mit Straßen NRW versucht werden soll, entsprechende Hinweise bereits auf der A 44 / A 57 anzubringen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

V. Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt weiterhin, dem Ausschuss für Planung und Liegenschaften der Stadt Meerbusch zu empfehlen, in seiner Stellungnahme zum neuen Regionalplan die Bezirksregierung Düsseldorf aufzufordern, die Durchfahrt Meerbusch Lank-Latum, Uerdinger Straße, nicht mehr als überregional bedeutende Straße darzustellen.

Die Erfahrungen mit der neuen Verkehrsbeschränkung (auch zu den anderen Beschlüssen) sind nach angemessener Zeit (ein Jahr) auszuwerten und im Bedarfsfall weitere Maßnahmen zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP			2
Bündnis 90/Die Grünen	2		

UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	14	1	2

Ratsherr Gabernig fragt, warum das Verkehrszeichen „LKW-Durchfahrtsverbot mit dem Zusatzzeichen –Lieferverkehr frei“ nach den Diskussionen im Jahr 2011 zu diesem Thema nicht bereits aufgestellt wurde, falls es greifen könnte.

Für Ratsfrau Niegeloh ist nicht nachvollziehbar, was der vorliegende Antrag bewirken soll, da die früher vom Bau- und Umweltausschuss beschlossenen Maßnahmen so weit wie möglich bereits realisiert wurden. Die von der Verwaltung durchgeführten Maßnahmen seien vor dem Hintergrund des Verkehrsrechtes korrekt.

Der Vorsitzende hofft mit den im Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen auf bessere Kontrollmöglichkeiten durch die Polizei.

Die Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begründen den Antrag. Auch auf anderen Autobahnen würde auf Durchfahrtsverbote hingewiesen. Manche Zulieferfirmen erkennen ohne weitere Hinweise nicht das Verbot und beschädigten bei dem erforderlichen Wendemanöver z. B. im Kreisverkehr an der Gonellastraße den Radweg. Da die bisherigen Maßnahmen nicht wie gewünscht Erfolg hatten, müssten weitere Möglichkeiten für eine Verbesserung ausprobiert werden. Die bisherige Ausschilderung sei missverständlich.

Für Ratsherrn Gabernig ist es wichtig, dass bei einer Darstellung im Regionalplan (siehe Nr. 5. des Antrages) die Verkehrsschilder nicht entfernt werden müssen.

Herr Deußen verweist zunächst auf die Beratungen und Beschlüsse des Bau- und Umweltausschusses in den vergangenen Jahren. Diese und den Schriftverkehr mit dem Landesbetrieb Straßen NRW wird er der Niederschrift als Anlage beifügen. Es sei ein einschlägiges Urteil der Bundesverwaltungsgerichte zu berücksichtigen, wonach nur noch der gewerbliche Lieferverkehr zulässig wäre. Der private Liefer-, Anliegerverkehr mit einem zulässigen Gesamtgewicht müsste dann auch entsprechend durch die Polizei geahndet werden. Anhand einer Grafik erläutert er, dass der LKW-Verkehr z. B. vom Krefelder Hafen bei regelrechtem Verhalten einen deutlich längeren strecken- und zeitmäßigen Weg in Kauf nehmen müsse, wenn er das Durchfahrtsverbot in Lank-Latum beachte sowie durch den Stau morgens in Richtung Köln und abends in Richtung Krefeld beeinträchtigt wird. Es beständen keine erfolversprechenden Möglichkeiten, Fehlverhalten zu verhindern; außer natürlich durch polizeiliche Kontrollen. Dabei müsste jeder Lieferschein kontrolliert werden, um die Rechtmäßigkeit des Lieferverkehrs zu überprüfen. Auch wäre nicht außer Acht zu lassen, dass bei einem angesprochenen Umbau der Haltestellen der Uerdinger Straße z. B. der zweckgebundene Ausbau der Haltestelle Hülser Zuschussrückforderungen des Landes verursachen könne. Zudem kostet eine Umgestaltung der Haltestellen je nach individueller Lage 20.000 bis 40.000 €. Die jetzige Beschilderung ist rechtskräftig. Eine Änderung bedeute eine neue Allgemeinverfügung, gegen die das Rechtsmittel der Klage möglich sei. Eine Begründung für die beantragte Beschilderung, die gezielt einzelne Verkehrsarten ausschließt, ist der Straßenverkehrsbehörde nur schwer möglich. Die Beschränkung des zulässigen Gesamtgewichtes ist anhand des Straßenzustandes und der Ausbaubreite nicht begründbar. Ebenso existieren hier keine Umweltzonen bzw. Lärmaktionsplanungen, die eine solche Beschränkung des fließenden Verkehrs rechtfertigen. Für diesen Sachverhalt hat die örtliche Straßenverkehrsbehörde zunächst die Sach- und Rechtslage zu prüfen.

Anmerkung der Schriftführerin: Die von Herrn Deußen erwähnten Unterlagen aus den vergangenen Jahren sind als Anlage dem öffentlichen Teil, teilweise dem nicht öffentlichen Teil beigefügt.

6 Anfragen

7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die von der Verwaltung vorgelegte Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

7.1 Südliche Holzbrücke am Latumer See

Herr Betsch teilt mit, dass die Kosten für den Abriss der Holzbrücke bei ca. 9.000,00 € liegen werden. Der Betrag wurde im Entwurf des Haushaltes 2015 berücksichtigt.

7.2 Lichtsignalanlage Bergfeld, Umsetzung der 4. Fußgängerfurt

Herr Deußen berichtet über die vom Landesbetrieb Straßenbau NRW geplante Umsetzung der von der Stadt Meerbusch angeordneten Maßnahme in der ersten Jahreshälfte 2015.

7.3 Lichtsignalanlage Krefelder Straße / Westring

Herrn Deußen informiert über die Auskunft vom Landesbetrieb Straßenbau NRW. Nach Schwierigkeiten bei der Materialbestellung und Umsetzung der Baumaßnahme soll der neue Auslegermast nun zwischen dem 17.11.2014 und dem 28.11.2014 montiert werden.

7.4 Taktverdichtung auf der U 76 im Rahmen des ÖPNV

Im Rückblick auf den in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 07.05.2014 unter TOP 6.1 behandelten Antrag des Rats Herrn Müller (Zentrum) zur Verkehrsfrequenz der Linie U 76 im Rahmen des ÖPNV trägt Herr Deußen vor, dass weitere Aufgabenträger wie die Stadt Düsseldorf, die Stadt Krefeld und der Rhein-Kreis Neuss zu beteiligen waren.

Die Stadt Krefeld teilt mit, dass sie grundsätzlich keinen Änderungsbedarf sehe und nur Maßnahmen zustimmen werde, die weder eine Verschlechterung des jetzigen Angebotes noch eine Erhöhung der gefahrenen Kilometer und damit der Kosten verursachen.

Von der Stadt Düsseldorf wurde eine ähnlich lautende Antwort in Aussicht gestellt, sodass unter den bekannten Randbedingungen eine Änderung des Status Quo ohne finanzielle oder fahrplanbedingte Nachteile die gewünschte Maßnahme nicht umgesetzt werden kann. Gegebenenfalls müsste auf Meerbuscher Gebiet mit der Taktverdichtung geendet werden.

Zur abschließenden Bewertung auch mit der Rheinbahn ist zunächst die endgültige Stellungnahme der Stadt Düsseldorf abzuwarten.

8 Termin der nächsten Sitzung: 19. November 2014

Gemäß Langzeitplan findet die nächste Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 19. November 2014 mit den Haushaltsberatungen 2015 u. a. statt.

9 Verschiedenes

9.1 Entsorgung von Unterlagen mit nicht öffentlichem Inhalt

Auf die Frage von Ratsherrn Banse, informiert der Vorsitzende über eine spezielle Entsorgungsmöglichkeit der Unterlagen auf dem städtischen Bauhof in Strümp.

9.2 Trinkwasserbelastung des Brunnens Fellerhöfe

Ratsherr Banse bittet um Überprüfung der Belastung des Brunnenwassers Fellerhöfe insbesondere bei den Nitratwerten.

9.3 Gesamtlärmkonzept

Ratsherr Banse bittet hinsichtlich des Themas Gesamtlärmkonzept um gemeinsame Besprechung auch mit Teilnehmern der anderen Fraktionen. Geplant ist zunächst ein Termin für Ende Januar 2015.

9.4 Sanierung der Willicher Straße und der Hochstraße

Ratsherr Gabernig bittet die Verwaltung um Prüfung der nach der Sanierung aufgetretenen Unebenheiten auf der Willicher Straße und der Hochstraße.

9.5 Abfallbeseitigung am Rhein

Ratsherr Gabernig bittet um Auskunft über die Abfallbeseitigung am Rhein. Voraussichtlich beginnt diese wieder im nächsten Frühjahr.

Sachkundiger Bürger Schmoll fragt, ob die Abfallbehälter am Rhein von der Größe her ausreichend sind.

9.6 Geschwindigkeitsreduzierung am Ortseingang Strümp u. a.

Ratsherr Gabernig erkundigt sich nach der gewünschten Geschwindigkeitsbegrenzung am Ortseingang Strümp u. a.

Herr Deußen berichtet, dass eine Entscheidung des Petitionsausschusses bzw. des Ministeriums mit einem entsprechenden Ortstermin noch aussteht. Erst dann könne seitens der Stadt ein weiteres sachgerechtes Vorgehen erfolgen.

9.7 Chloriertes Trinkwasser in Lank-Latum

Ratsfrau Niegeloh fragt nach der Ursache der Keimbelastung in dem Trinkwasser und ob noch immer chloriert werden müsse, was unangenehm sei.

Technischer Beigeordneter Dr. Gérard sagt eine Überprüfung zu.

9.8 Grünphase der Lichtsignalanlage beim Teehäuschen in Meerbusch-Büderich

Ratsfrau Köser-Voitz trägt vor, dass sich die Grünphase der Lichtsignalanlage aus Richtung Osterath in Richtung Büderich vor den Schranken zu spät einschaltet, nachdem der Bahnübergang freigeworden ist. Dadurch komme es zu starken Verzögerungen. Sie bittet um Überprüfung der Funktionalität der Anlage.

9.9 Maßnahme zur Geschwindigkeitsreduzierung auf der Dorfstraße in Meerbusch-Büderich

Ratsherr Quaß nimmt Bezug auf die Maßnahme zur Geschwindigkeitsreduzierung auf der Dorfstraße und die öffentliche Diskussion. Das Ziel des Bau- und Umweltausschuss sei ein bauliches Hindernis und nicht lediglich eine erhöhte Asphaltierung gewesen. Er fühle sich hierzu nicht richtig von der Verwaltung beraten.

Die Ratsherren Banse und Gabernig bringen die grundsätzliche Problematik der Dorfstraße in Erinnerung und halten die Kritik an der Verwaltung nicht für angemessen. Die Verwaltung habe den Bau- und Umweltausschuss vorab über die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der intendierten Beschlüsse informiert und die Politik einen anderslautenden Beschluss gefasst, den diese nun auch zu verantworten habe.

9.10 Belastung durch Gülle aus Holland

Sachkundiger Bürger Schmoll fragt nach einer Möglichkeit, die Nitratbelastung durch die Aufbringung von Gülle aus Holland auf den Feldern zu kontrollieren.

Ratsherr Hoppe berichtet, dass Meerbusch im Vergleich zu anderen Regionen nicht übermäßig mit Gülle belastet wird. Die geltenden Regeln werden hier zudem streng kontrolliert.

Meerbusch, den 28. November 2014

Leo Jürgens
Ausschussvorsitzender

Gabriele Parschau
Schriftführer/in